

Stand: 09.02.2026 08:55:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9253

"Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbesserung des Energieprogramms"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9253 vom 02.12.2015
2. Beschluss des Plenums 17/9287 vom 02.12.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 02.12.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbesserung des Energieprogramms

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den am 20. Januar 2015 abgeschlossenen Energiedialog in Bayern mit Bürgern, Verbänden, Energieunternehmen, Wissenschaftlern und Organisationen auf konstruktive Weise fortzuführen, um so die bayerische Energiewende zu einem Erfolg zu führen.

Außerdem soll auf diesem Weg das neue Energieprogramm des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie nachgebessert und mit konkreteren und ehrgeizigeren Zielen versehen werden.

Begründung:

Der dreimonatige Energiedialog, dessen Vorsitz Bayerns Staatsministerin Ilse Aigner innehatte, endete Anfang dieses Jahres weitgehend ergebnislos. Seitdem herrscht bei vielen Menschen wieder Unklarheit über die konkrete Zielsetzung in der bayerischen Energiepolitik, wie beispielsweise die Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien. Umso wichtiger ist es, dass zukünftig parallel zur Energiewende in Bayern ein Austausch zwischen allen relevanten Interessensparteien stattfindet, bei dem aktuelle energiepolitische Themen diskutiert und insbesondere über das am 22. Oktober 2015 im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie von Wirtschaftsministerin Ilse Aigner vorgestellte Energiekonzept für den Freistaat beraten werden können.

Die Teilnehmer am sogenannten „Runden Tisch Energiepolitik“ sollen bei der transparenten Umsetzung des Energieprogramms aktiv mitwirken, Streitfragen in Arbeitsgruppen lösen und bei Bedarf von der Staatsregierung eine Nachjustierung der im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen fordern. Somit wird gewährleistet, dass die Energiewende von den wichtigen Handlungsakteuren mitgetragen wird. Dass ein Gesprächsbedarf besteht, zeigt sich auch an der von allen Seiten geäußerten Kritik am neuen Programm. Im Vergleich zu den Zielen und Maßnahmen aus dem Energiekonzept „Energie innovativ“ aus dem Jahr 2011 wird es den Anforderungen nicht gerecht und erfordert daher nachträglich eine Korrektur.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/9253

Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbesserung des Energieprogramms

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Erwin Huber

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Sandro Kirchner

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Martin Stümpfig

Staatsministerin Ilse Aigner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Kurswechsel in der bayerischen Energiepolitik: Spitzenplatz statt Abstieg in die
Kohle-Liga (Drs. 17/9224)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha
Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)**

**Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbesserung des Energieprogramms
(Drs. 17/9253)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN. Bitte sehr, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Erklärung unserer Umweltministerin Scharf war die Möglichkeit gegeben, auch das Thema Energie, die Energiewende noch einmal deutlich in den Blick zu nehmen. Dieses ist elementarer Bestandteil der Umweltpolitik in Bayern und in Deutschland.

Die Energiewende ist eine Jahrhundertaufgabe. Wir sehen jetzt beim Weltklimagipfel in Paris, welche zentrale Rolle Deutschland spielt. Viele Nachbarländer fragen Deutschland, bauen auf Deutschland. Daher muss eine Umweltministerin hier ganz klare Aussagen treffen. Wir als FREIE WÄHLER haben immer gefordert, die Energiewende, diese zentrale Aufgabe, die auf der einen Seite Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, der Wirtschaftsministerin Aigner, auf der anderen Seite Aufgabe der Umweltministerin ist, in einem Ministerium zu bündeln und ein sogenanntes

Energieministerium zu errichten, das diese Jahrhundertaufgabe für Deutschland, für Bayern bewältigt.

Aber damit ist es leider nichts. Damit ist auch klar, dass Umweltministerin Scharf in ihren Aussagen zur Energiewende blass geblieben ist. Auf dünnen drei Seiten ihres Umweltberichts geht es um die Energiewende. Was wollen wir von dieser Jahrhundertaufgabe erwarten? Natürlich muss man sagen, dass sie am Ende keine Chance mehr hatten. Die Wirtschaftsministerin hat vorgelegt. Bayern ist aus der Energiewende ausgestiegen – das haben wir vor vier Wochen in diesem Haus erlebt. Wenn sich Bayern in Zukunft an Stromimporte hängt, muss ich Sie als Fraktion fragen: Wollen Sie das denn? Sie sind alle regionale, direkt gewählte Abgeordnete. Sie kennen die Wirtschaftskraft vor Ort. Die Arbeitsplätze, die wir mit der Energiewende schaffen können, befinden sich vor Ort. Wollen Sie das draußen vertreten? – Ja, Sie wollen das anscheinend; denn ein Schweigen in Ihren Reihen und der spärliche Applaus für die Umweltministerin heute zeigen ja auch, dass Sie mit der Energiewende anscheinend so nicht zufrieden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, vor allem an die CSU gerichtet, schauen Sie sich doch einmal die beiden Studien an. Schauen Sie sich die Studie des VDE, des Verbandes für Elektrotechnik, und schauen Sie sich die Studie des VDI, des Vereins der Deutschen Ingenieure an. Wir in Bayern haben immer darauf vertraut, dass Sachverstand die Energiewende begleitet. Was sagt Ihnen der Sachverstand? – Der Sachverstand sagt: Setzen Sie nicht auf Abhängigkeit von Importen, sondern bauen Sie die Energieversorgung dezentral, lokal mit einem zellularen Ansatz, mit einem vielfächigen Ansatz, mit einem regionalen Vor-Ort-Ansatz auf. Das ist eine Herangehensweise, die in Bayern bisher gut funktioniert hat. Je mehr wir dezentral, lokal aufbauen, umso stärker ist das Rückgrat für die Energiewende, umso mehr Kraft haben wir bei den Wirtschaftsleistungen. Wir haben in diesem Haus gemeinsam dafür gesorgt, dass mit dem Zerle-

gungssteuersatz die Wertschöpfung in den Gemeinden bleibt. Da haben Sie mitgestimmt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit Ihrem jetzigen Ansatz nehmen Sie den Gemeinden den Steuervorteil und die Wertschöpfung. Die Umweltministerin spricht davon, dass sie die Energiewende will, und erwähnt PV und die Biomasse, klammert aber den zentralen Baustein der Energiewende, die Windkraft einfach aus. Das ist doch kein wirkliches Herangehen an eine Energiewende. Mit keinem anderen Energieträger bekommen wir auf so kleiner Fläche eine so hohe Energiedichte wie mit einem Windkrafttrad. Deshalb ist es beschämend, dass sich die Umweltministerin das Thema Windkraft nicht einmal in den Mund zu nehmen traut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie in der CSU-Fraktion haben es geschafft, dass eine Umweltministerin in Bayern mittlerweile die Windkraft verleugnen muss; denn sie ist in ihrer Konzeption nicht mehr vorhanden; die Windkraft ist für Sie Teufelszeug, und das wollen Sie nicht mehr. Vorhin wurde gesagt, dass dies doch alles wunderbar sei; die Kommunen könnten doch selber entscheiden. Sehen Sie doch nach, wie viele Kommunen sich noch für die Windkraft entschieden haben. Jetzt muss die Zuständigkeit im Prinzip gemeindeübergreifend geklärt werden; am Ende muss vielleicht die Kommunalaufsicht, das Landratsamt entscheiden. Es ist eben nicht mehr passiert. Das müssen Sie als Zuständige verantworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sorgen im Prinzip dafür, dass in Bayern Arbeitsplätze, die mit der Energiewende in Verbindung stehen, verloren gehen. Das müssen sich das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium vorhalten lassen. Sie sorgen dafür, dass Wertschöpfungen ver-

loren gehen. Sie sorgen dafür, dass das Know-how und die Spitzenplatzfunktion Bayerns in der Energiewende verloren gehen.

Deshalb noch einmal unser klarer Ansatz: Setzen Sie auf dezentrale, regionale Strukturen. Gehen Sie von Ausschreibungsmodellen weg. Sie werden regionale Ausschreibungsmodelle sowieso nicht hinbekommen; denn die bisher gelaufenen Ausschreibungsmodelle sprechen ganz klar dagegen. Man sieht ja jetzt, dass RWE und E.ON schon wieder nach Staatshilfen rufen. Hören Sie auf, die alten Monopole zu zementieren. Bayern war einmal auf einem ganz guten Weg. Kehren Sie wieder zurück. Geben Sie einer Umweltministerin wieder die Freiheit, über alle Energieträger, über die Spitzenfunktion in Bayern zu sprechen. Dazu brauchen wir Impulse aus dem Wirtschaftsministerium und aus dem Umweltministerium. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Kollege Erwin Huber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Lieber Herr Kollege, es macht bestimmt Spaß, wenn man ein Phantom aufbaut und darauf einschlägt. Ich muss Sie aber berichtigen.

Im Energieprogramm der Staatsregierung ist die Windkraft tatsächlich enthalten, und zwar genau so wie in der ersten Ausgabe von 2011 mit etwa 1.500 Windrädern. An diesem Ziel hat sich überhaupt nichts geändert. So gesehen war die Hälfte Ihrer Rede im Grunde ins Leere gesprochen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind Ziele! Realität!)

Das ist das Erste.

Das Zweite: Von Ihnen und auch vom Kollegen Zierer wird behauptet, die 10-H-Regelung wäre eine Verhinderungsregelung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist sie! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Reden Sie doch mit Ihren Bürgermeistern!)

Das ist nicht richtig. Ich sage das jetzt zum zweiten Mal. Die Genehmigungsvoraussetzungen haben sich geändert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bisher gab es für Windkraftanlagen eine Privilegierung. Herr Zierer, bei privilegierten Maßnahmen hat die Gemeinde nichts zu sagen; das Staatliche Bauamt entscheidet, was genehmigt wird und was nicht. Wir haben die Privilegierung geändert, weil wir bundesgesetzlich die Ermächtigung dazu hatten. Wir haben jetzt geregelt: Über 10H bleibt es natürlich bei der Privilegierung, unter 10H entscheidet die Gemeinde durch Baugebietsausweisungen, wo Windkraftanlagen gebaut werden können. Damit haben wir die Entscheidungsmöglichkeiten der Gemeinden gestärkt, und damit haben wir die Mitsprachemöglichkeiten der Bürger gestärkt. Die Partei, die jetzt auf der linken Seite des Plenums sitzt und sonst immer die kommunale Selbstverwaltung als Monstranz vor sich herträgt, will gerade bei der Windkraft diese Beteiligung der Kommunen nicht. Das ist die Rechtslage, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Glauber, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Erwin Huber, nach so vielen Jahren Wirtschaftsministerium und Staatskanzlei immer noch nicht das Baurecht verstanden – das tut mir leid.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Wir sehen Ihnen das nach.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist leider so: Als Münchner kann man das vielleicht nicht verstehen. In den Gemeinden, in der kommunalen Verwaltung haben wir, Kollege Seidenath - -

(Zuruf von der CSU: Der ist nicht aus München!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Kollege Seidenath kommt nicht aus München, sondern aus dem Landkreis Dachau.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Gut. Dann aus der Region München.

(Zuruf von der CSU)

– Okay, gut. Kommen wir zum Thema zurück. Kollege Erwin Huber, in der Regionalplanung, in der kommunalen Selbstverwaltung haben sich die meisten Regionen Bayerns auf den Weg gemacht und haben in einem sehr komplizierten Prozess in den Gemeinderäten, in den Landkreisen und mit den Kommunalaufsichten das Thema abgeklärt, eine wunderbare Regionalplanung aufgesetzt und Vorrangflächen ausgewiesen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es wurde viel Geld ausgegeben!)

– Richtig; es wurde viel Geld ausgegeben und viel Kraft investiert.

Dann sind Sie gekommen und haben gedacht: Oh, wir müssen die Wahlen 2013 gewinnen, und wir brauchen dazu einen Trumpf. Dann haben Sie für Bayern die 10-H-Regel geschaffen. Man muss den Bürgern erklären: Die CSU hat eine Regel gewählt, die so große Kreise zieht, dass im Prinzip alle Freiflächen ausgeschlossen sind. Das muss man den Bürgern erklären. Am Ende bleibt nichts mehr übrig.

(Zuruf von der CSU)

Es ist natürlich klar, dass bei Ihrem Vorgehen, solche Instrumente in der Planung anzuwenden, am Ende nichts mehr übrig bleibt. Jetzt den Gemeinden den Ball zuzuspielen, ist völlig unzulässig. Die Gemeinden haben ihre Arbeit gemacht. Sie haben ihnen

die Instrumente genommen; denn jetzt ist es so, dass man bei Streitigkeiten einfach nicht mehr weiterkommt, weil die Planungsflächen recht groß sind. Das wissen Sie genau. Drehen Sie also das Planungsrecht nicht um, stellen Sie es nicht auf den Kopf, sondern sagen Sie den Bürgern, dass Sie ein Wahlkampfinstrument wollten und nichts für die Energiewende tun wollten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Thorsten Glauber, ich glaube, du musst deinen Blutdruck herunterschrauben. Die Aussage zum Baurecht war aber gut.

Herr Huber, die Zahl 1.500 Windräder sagt nichts über die Leistung der Windräder aus – das wissen Sie ganz genau. Die Zielsetzungen im neuen Energieprogramm sind definitiv nicht mehr diejenigen von 2011. Die Zahl der Windräder ist nicht aussagekräftig. Ich glaube, darauf können wir uns verständigen. Wenn Sie zum Beispiel Bauunternehmen im oberpfälzischen Raum fragen, werden Ihnen diese bestätigen, dass der Ausbau der Windkraft in Bayern fast zum Erliegen gekommen ist. Aus Bayern gehen kaum noch Bestellungen von Windrädern ein. Die bayerischen Hersteller machen ihr Geschäft außerhalb des Freistaates. Das ist definitiv wirtschaftsschädigend.

(Erwin Huber (CSU): Das hängt mit dem EEG zusammen, aber nicht mit 10H!)

- Nein, der Ausbaukorridor des EEG ist nicht ausgeschöpft. Bayern hat insoweit noch großes Potenzial.

Aber lassen Sie uns doch über den "schönen" Antrag der FREIEN WÄHLER reden. Über den Antrag habe ich mich, ehrlich gesagt, geärgert, lieber Thorsten Glauber.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Jetzt kommt er wieder und plärrt dazwischen.

(Heiterkeit bei der SPD und der CSU)

Lieber Herr Aiwanger, wenn ich ganz ehrlich bin, muss ich sagen: In Ihrer Energiepolitik ist nicht einmal mehr Morgenröte erkennbar. In Sachen Energiepolitik ist es bei Ihnen zappenduster.

(Beifall bei der SPD und der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr seid schwarz vom Ruß der Kohle!)

Worüber sollen wir denn hier abstimmen? Dabei bin ich mit der Energiepolitik der Staatsregierung alles andere als einverstanden. In der Zeit von 2011 bis 2013 bemühten wir uns noch parteiübergreifend um Lösungen. Aber seit dem Landtagswahlkampf 2013 läuft es mit der Energiepolitik in Bayern definitiv nicht mehr so, wie es laufen sollte. Zielführend ist die Energiepolitik der Staatsregierung jedenfalls nicht.

Worüber sollen wir heute abstimmen, lieber Thorsten Glauber? Sie haben Allgemeinplätze formuliert. Ich sage ganz ehrlich, dass mich das ärgert. In Ihrem Dringlichkeitsantrag fordern Sie die Staatsregierung auf, "ehrgeizigere Ziele" zu verfolgen. Welche denn? Definieren Sie sie! Ferner sprechen Sie von einer "nachhaltigen Energieversorgung". Was heißt "nachhaltig"? Schließlich lesen wir, wir sollten uns nicht in "eine Abhängigkeit von der Kohlestrompolitik anderer Bundesländer" begeben. Der Strommarkt ist europäisch organisiert. Das weißt auch du, Thorsten Glauber. Es gibt keine direkte Abhängigkeit. An der Strombörse wird der Strom ganz Europas gehandelt. Daher ist es albern, so etwas in einen Antrag zu schreiben. Ich habe mich darüber geärgert.

Dann habe ich mir gedacht: Schau ich mir doch einmal die Begründung an! Was die 10-H-Regelung angeht, so ist der CSU nicht mehr zu helfen. Sie hat sich verrannt und bekommt es in dem Punkt nicht mehr gebacken. Deswegen haben wir Verfassungsklage eingereicht.

(Erwin Huber (CSU): Die verliert ihr auch!)

– Nein, die verlieren wir garantiert nicht, Erwin Huber.

Hinter dem zweiten Spiegelstrich der Begründung heißt es, dass Bayern "das Ausschreibungsmodell in der Bundesgesetzgebung zum EEG ablehnen" solle. Was ist die Alternative? Die FREIEN WÄHLER präsentieren jedenfalls keine. Die erneuerbaren Energien, die einen immer größeren Anteil ausmachen, müssen in den Markt integriert werden. Damit ist mehr Verantwortung verbunden. Im Moment laufen die Ausschreibungsmodelle, genauer gesagt, die Pilotprojekte.

Thorsten Glauber, du hast Recht mit der Einschätzung, dass die Regionen hinten herunterfallen. Aber darüber muss man reden. Möglicherweise bedarf es einer Regionalquote. Über entsprechende Vorschläge können wir durchaus debattieren. Es reicht jedenfalls nicht aus, in einen Antrag nur Allgemeinplätze zu schreiben. Das müssen wir ablehnen. Zack!

Weiter heißt es in der Begründung des Dringlichkeitsantrags, "die Potenziale im Wasserkraftausbau" sollten genutzt werden. Wie viele Prozent wollt ihr denn? Wollt ihr neue Anlagen? Wollt ihr kleine Anlagen? Welche Turbinenformen? Welche Bauweisen? Auch in dem Redebeitrag von Thorsten Glauber ist dazu nichts gekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sollen wir hier einen Katalog einreichen?
Das wären zehn Seiten geworden!)

– Wenn Sie sich Mühe geben und anständige Anträge formulieren, dann können Sie meinetwegen auch zehn Seiten schreiben. Dann steht wenigstens etwas drin. In dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag steht praktisch nichts drin.

Unter dem vierten Spiegelstrich erheben die FREIEN WÄHLER die Forderung, "den überdimensionierten Ausbau von Hochspannungsübertragungsleitungen" zu verhindern. Ich dachte, Sie seien komplett dagegen. Das habe ich überhaupt nicht mehr verstanden, Herr Aiwanger.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Südost-Passage!)

– Was bleibt dann übrig? Dieser Satz spricht gegen Ihre eigene Persönlichkeit, Herr Aiwanger. Sie können noch fünfmal dazwischenplärren. Das ändert nichts daran, dass Sie totalen Schmarren aufgeschrieben haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

"Die Kraft-Wärme-Kopplung stärken" – das ist die nächste Forderung der FREIEN WÄHLER. Wie denn? Wollt ihr ein Landesförderprogramm? Wie steht ihr zu der neuen KWK-Förderung? Nichts, null.

In den letzten beiden Punkten der Begründung fordern die FREIEN WÄHLER die Abschaffung der Besteuerung des Eigenverbrauchs sowie das Hinwirken auf eine Förderung von Speichertechnologien im EEG.

Am Ende steht ein Satz, der schon in der Presse zu lesen war und der es daher eigentlich nicht wert ist, in diesen Antrag aufgenommen zu werden:

Anstatt eines Spitzenplatzes in der Energiewende droht Bayern der Abstieg in die Regionalliga.

Dieser Satz hat so einen langen Bart.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt zu euren Vorschlägen!)

– Zu unseren Vorschlägen komme ich gleich.

Ich war heute Morgen reichlich zornig über das, was ich in dem Antrag lesen musste. Lieber Thorsten Glauber, du kannst echt viel, viel mehr. Ihr hättet wesentlich mehr Inhalt in den Antrag aufnehmen können.

Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die wir im Moment haben. Liebe Frau Aigner, Ende Januar/Anfang Februar dieses Jahres stoppte der Energiedialog. Schon seit Längerem frage ich mich, wann und wie er fortgesetzt wird. Wir jedenfalls haben noch

keine Einladung erhalten, auch die Verbände nicht. Der Energiedialog ist dringend fortzuführen. Uns läuft die Zeit davon. Ich glaube, nur unter Beteiligung der Bau- und der sonstigen Unternehmen, der Wirtschaftsverbände, der Wissenschaft und der Politik bekommen wir die Energiewende hin. Dafür müssen wir uns parteiübergreifend engagieren. Ich betone: Der Energiedialog ist fortzusetzen.

Liebe Frau Aigner, das Energieprogramm, das Sie kürzlich vorgestellt haben, müssen Sie nachbessern. Von verschiedenen Seiten ist darauf hingewiesen worden, dass die Zahlen, die Sie als Grundlage Ihrer Zielsetzung verwenden, nicht sauber aufgearbeitet worden sind, das heißt, insoweit wurde nicht sauber gerechnet. Das muss man eingestehen.

Der Ministerpräsident ist im Moment nicht da. Aber er selbst hat die Bitte um Nachbesserung geäußert. Das können wir gemeinsam hinbekommen, wenn wir den Energiedialog parteiübergreifend fortsetzen.

Herr Huber, ich hoffe, dass ich Ihre Fraktion nicht beleidigt habe. Aber ich glaube, man kann konkretere und ehrgeizigere Ziele formulieren.

(Beifall bei der SPD – Erwin Huber (CSU): Es war trotzdem eine gute Rede!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Kirchner von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Glauber, Sie haben anscheinend etwas missverstanden, wenn Sie vermuten, Bayern wäre aus der Energiewende ausgestiegen. Das Gegenteil ist der Fall. Bayern treibt die Energiewende voran. Bayern forciert sie. Die Ministerin und das Plenum des Landtags gestalten sie. Insofern ist das, was Sie hier initiiert haben, eine Scheindebatte und das, was Sie in den Raum gestellt haben, eine Scheinalternative. Wir brauchen beides, erneuerbare Energien und die Möglichkeit des Imports für die Versorgungssicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kohnen, von uns kommt nicht oft Lob für Sie. Aber ich muss sagen, dass Ihre Rede zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER eine Ihrer besten Reden überhaupt war. Herzlichen Dank dafür.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lob von Ihnen für Frau Kohnen?)

Kommen wir zur 10-H-Regelung, die heute schon das eine oder andere Mal angesprochen worden ist. Herr Zierer, es ist wichtig, dass wir die Dinge einordnen und geraderücken. Wir müssen in dieser Frage die FREIEN WÄHLER auch stellen. Ich wiederhole die Zahl der zugebauten Windkraftanlagen: In Bayern waren es in diesem Jahr 72, in Baden-Württemberg nur 13. Darauf hat schon Kollege Blume hingewiesen. Wenn Sie von "Blockade" sprechen, dann zeigt das, dass die FREIEN WÄHLER die 10-H-Regelung bis heute nicht verstanden haben. Sie haben auch nicht verstanden, wovon Zubau abhängig ist. Zum einen ist er abhängig von der Novelle des EEG, das 2017 neue Rahmenbedingungen schafft. Diese machen Windkraftanlagen in gewisser Weise unattraktiv. Man muss sich zudem vor Augen halten, dass die Windkraftstandorte in Bayern, vermutlich auch deutschlandweit, ausgewählt und besetzt sind.

Fakt ist, dass trotz der 10-H-Regelung nach wie vor prinzipiell jede Windkraftanlage an jedem Standort möglich ist. Es gibt eine neue Spielregel, wie Erwin Huber gesagt hat. Im Vordergrund steht aber die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Herr Zierer, wenn Ihnen die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung kein Anliegen ist, dann stehen Sie ziemlich im Abseits. Gleiches gilt für die Bürgerbeteiligung. Herr Stümpfig hat vorhin vehement moniert, dass die Bürger entscheiden. Ich denke, es ist sehr sinnvoll, dass die Bürger über ihre Gemeindegremien an dieser Stelle durchaus Einfluss haben.

Da Herr Kollege Felbinger vorhin gelacht hat, gestatte ich mir nur folgende Anmerkung: Wenn vor Ort über die Windkraft diskutiert wird – wie Kollege Schwab an der Bayerischen Schanz –, dann sind die FREIEN WÄHLER dagegen und demonstrieren.

Das möchte ich der Ehrlichkeit halber hinzufügen, um nicht einen falschen Eindruck entstehen zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Die FREIEN WÄHLER fordern, Bayern solle das Ausschreibungsmodell in der Bundesgesetzgebung zum EEG ablehnen. Ich frage Herrn Aiwanger und seine Leute: Was nun? Wollen wir dezentrale Energieversorgung, oder wollen wir die erneuerbaren Energien abwürgen? Letzteres wollen Sie anscheinend erreichen, wenn Sie das Ausschreibungsmodell ablehnen.

Die EEG-Novelle hat natürlich Potenzial. Zum einen erleichtert sie es, die Marktintegration der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Zum anderen werden entscheidende Grundlagen geschaffen, damit die erneuerbaren Energien bei dem Systemwechsel überhaupt präsent bleiben können. Der Wettbewerb muss im Vordergrund stehen, und es müssen endlich Wettbewerbspreise erzielt werden, um die Akzeptanz der erneuerbaren Energien zu erhöhen. In diesem Zusammenhang spreche ich von umfassenden Ausschreibungen, von der Definition von Bagatellgrenzen, vom gleichmäßigen Ausbau der regionalen Quote bei der Windkraft, vom Netzausbau und von der Wahrung der Akteursvielfalt. Das sind doch alles Punkte, die erfüllt werden müssen, um den hohen Anteil der erneuerbaren Energien und damit eine dezentrale Energieversorgung sicherzustellen. Das wollen Sie abwürgen? Ist das Ihr Plan?

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Bisher gibt es keine Regionalquote! – Natascha Kohnen (SPD): Darüber kann man doch verhandeln! – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Wir haben doch gesehen, was herauskommt, wenn ihr verhandelt!)

– Hallo! Ich rede.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Glauber, Sie haben nicht das Wort. – Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Kommen wir zum Ausbau der HGÜ-Leitungen. Auch inso- weit bin ich über den Antrag der FREIEN WÄHLER verwundert. Wir können feststell- en: Es ist ein riesiger Erfolg dieser Staatsregierung, insbesondere des Ministerpräsi- denten und der zuständigen Ministerin, und der CSU-Fraktion, dass es gelungen ist, die auf Bundesebene geplanten Umfänge zu halbieren und die Erdverkabelung durch- zusetzen, sodass maximale Bürgerverträglichkeit gegeben ist. Das System, das die FREIEN WÄHLER vorschlagen, steht dem diametral entgegen. Sie forcieren letztlich den Bau neuer Leitungen im Land. Ihre Blockadehaltung bedeutet, dass an dieser Stel- le neue Leitungen generiert werden sollen.

Die Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung war ein wesentliches Element des Energiedi- alogs. Der Energiedialog hat aufgezeigt, dass die Kraft-Wärme-Kopplung durchaus Potenzial aufweist. Frau Kohnen, darüber haben wir das eine oder andere Mal schon im Ausschuss gesprochen. Wir sind gar nicht so weit voneinander entfernt. Den Vor- wurf, dass nichts getan werde, weise ich weit von uns. Gerade Bayern hat sich bei der Novelle auf Bundesebene besonders engagiert und wesentliche Ziele erreicht. Dazu zählt die Verdopplung der Fördermittel von 750 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro. Das gilt ebenfalls für die Förderung der neuen gasbetriebenen Anlagen und den An- reiz für die Umstellung von kohle- auf gasbetriebene Anlagen. Zu nennen ist darüber hinaus die Förderung, die im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms möglich ist. Frau Kohnen, wir sind so verblieben – vielleicht setzen Sie sich dann wieder –, dass wir weiterhin gemeinsam nach Potenzialen suchen wollen und aufzeigen, was wir zu- künftig noch tun können.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kohnen zu?

Sandro Kirchner (CSU): Wenn ich fertig bin. Danke. – Herr Aiwanger, hinsichtlich der Abschaffung der Besteuerung des Eigenverbrauchs fordern Sie immer Solidarität. An dieser Stelle erreichen sie genau das Gegenteil, nämlich die Entsolidarisierung bei den Stromkosten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Kleinen abwürgen!)

– Mit der Festlegung der Bagatellgrenze wird sichergestellt, dass die Kleinen nicht abgewürgt werden. Gerade für uns kleine Häuserbauer – Sie als Großlandwirt sind das nicht mehr – ist die 10-kW-Anlage befreit.

Zu der Förderung der Speichertechnologien muss ich sagen: Hallo wach! Bayern fördert schon die ganze Zeit Speichertechnologien mit bis zu 100 Millionen Euro jährlich. Bedeutende Projekte sind schon vorangeschritten. Dazu zählt beispielsweise die Batterietechnologie. Gehen Sie doch einmal in die Forschungsinstitute in Bayern. Sehen Sie doch einmal, was die Polymertechnik schon vermag. Befassen Sie sich mit dem Power-to-Gas-Verfahren, bei dem Biogasanlagen in Kombination eingesetzt werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir schon gemacht, da habt ihr noch die Atomlaufzeit verlängert!)

Gehen Sie nach Erlangen auf den Energie Campus und schauen sich dort die Verfahren an, die in Kürze in einem Pilotverfahren ins Feld gehen. Dann sehen Sie, was der Freistaat Bayern bei den Speichertechnologien macht.

Wenn Sie etwas tun wollen, können Sie bei einem EEG 3.0, das Bayern fordert, aktiv mitwirken. Im Falle von Überkapazitäten sollen bis zu 3 % an Kapazitäten aus dem Netz entnommen werden. Damit wird ein eigenwirtschaftlicher Anreiz geboten, damit noch mehr Speichertechnologien zur Verfügung stehen.

Abschließend möchte ich sagen: Sie haben einen Spitzenplatz gefordert. Ich bin der Meinung, Sie haben einen Spitzenplatz in der ersten Reihe. Vielleicht ist es heute ge-

lungen, im Rahmen beider Debatten Ihnen ein wenig mehr Hintergrund für die weitere Antragstellung und die Diskussion zu geben.

Ich möchte noch kurz etwas zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion sagen. Im Rahmen des Energiedialogs ist schon sehr viel angesprochen worden. Er war sehr erfolgreich. Die Bürgerbeteiligung stand dabei im Vordergrund. Unsere Ministerin hat sehr wohl angedeutet und versprochen, dass der Dialog weitergeführt wird. Das Energieprogramm ist letztendlich ein Ergebnis dieses Dialogs und zeigt sehr ehrgeizige Ziele auf, die jedoch eine reale Basis haben. Daran sollten wir uns orientieren. Deshalb greift der Dringlichkeitsantrag aus meiner Sicht in den luftleeren Raum, sodass ich die Ablehnung empfehle.

Herr Rinderspacher – jetzt ist er nicht mehr da – hat das Thema Bayern-Ei forciert. Des Weiteren hat er versucht, erneut über die Energiewende zu diskutieren. Das Thema war jedoch ein anderes. Ich muss darauf hinweisen, dass wir uns heute im Bayerischen Landtag befinden. Vielleicht hat er gemeint, er ist schon mit Bundesweihen ausgestattet. Viele seiner vorgetragenen Punkte sollte er an den Bundeswirtschaftsminister und die Bundesumweltministerin adressieren.

(Inge Aures (SPD): So ein Quatsch!)

Ich denke, sie wären heute die richtige Adresse für seine Wortbeiträge gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Zunächst liegt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kohnen vor. Dann folgt Herr Kollege Glauber mit der nächsten Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Kohnen, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Herr Kirchner, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Eine Fortführung des Energiedialogs, wie mit unserem Antrag gefordert, finde ich nicht besonders luftleer. Ich fände sie relativ clever.

Im Hinblick auf den Energiedialog erinnere ich nur an die interessante Formel zur Trassenführung "2 minus x". Das war nicht wirklich konkret. Mit den Menschen in Bayern, die von der Leitungsführung betroffen sind, muss man unbedingt einen weiteren Dialog aufnehmen. Das hätte man seit Ende des Dialogs im Februar eigentlich schon längst tun müssen. Ich glaube, das steht aus. Alle anderen Beteiligten waren übrigens schon im Jahr 2011 beim ersten, parteiübergreifend beschlossenen Energiekonzept "Energie innovativ" dabei. Die Bürgerbeteiligung ist kein Novum. Das ist Käse; denn jeder Kommunalpolitiker kennt Bürgerbeteiligungen und lässt große Runde Tische stattfinden. Das ist kein Wunderwerk. Aber man muss es fortführen.

Schade, dass Sie unseren Antrag ablehnen. Ihre Kritik an der Formulierung "mit konkreteren und ehrgeizigeren Zielen" ist Wortklauberei. Ich glaube, man könnte etwas nachgeben. Ich würde Ihnen empfehlen, mit der Frau Energieministerin zu sprechen und in Ihren eigenen Reihen nachzufragen, welche Pilotprojekte zur Erdverkabelung für Bayern Sie im Bundesrat beantragt haben. Gibt es welche? Ich habe aus Berlin gehört, dass es Pilotprojekte zur Erdverkabelung gebe, die Bayern durchaus angeboten worden seien. Diese Projekte wurden jedoch seitens der CSU nicht beantragt und umgesetzt. – Das stimmt. Wir rudern auf etwas zu, das nicht schön ist. Das wäre für Bayern echt gut gewesen. Im Hinblick auf die Erdverkabelung würde ich nicht ganz so eine dicke Lippe riskieren, weil die SPD bereits in den Jahren 2009 und 2011 die Erdverkabelung im Bund beantragt hat. Sie haben damals die Erdverkabelung abgelehnt. Jetzt sind Sie auch irgendwann draufgekommen. Insofern würde ich an dieser Stelle etwas abrüsten und herausfinden, wie die CSU Pilotprojekte bei der Erdverkabelung handhabt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Frau Kohnen, an dieser Stelle möchte ich feststellen, dass der Bürgerdialog kein Käse ist. Die Begründung der Ablehnung Ihres Antrags haben Sie missverstanden. Der Energiedialog ist etwas sehr Sinnvolles. Ich habe ausgeführt, dass die Frau Ministerin die Fortsetzung angekündigt hat. Somit geht Ihr Antrag ins Leere.

Sie haben sich auf die Leitungen konzentriert. Im Gegensatz zu Ihnen wohne ich in einem betroffenen Gebiet. Ich bin sehr wohl von den Diskussionen betroffen. Das passiert Ihnen im wohlbehüteten Neubiberg nicht. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben verstanden, dass der bayerische Erfolg ein großer Erfolg für die Menschen vor Ort ist.

Sie sagen, Sie hätten den Erfolg bei der Erdverkabelung für sich in Anspruch genommen. Das mag so sein. Ich gebe Ihnen sogar recht. Das einzige Pilotprojekt zur Erdverkabelung, das auf Bundesebene forciert worden ist, ist das Pilotprojekt zur Erdverkabelung im Wahlkreis Ihres Bundeswirtschaftsministers Gabriel.

(Natascha Kohnen (SPD): Vorsicht!)

Insofern brauchen wir nicht mit Wortklauberei zu beginnen. Stattdessen sollten wir uns auf die Themen konzentrieren.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Glauber für eine Zwischenbemerkung das Wort. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Stümpfig, können Sie der Kollegin Natascha Kohnen erklären - -

(Widerspruch bei der CSU)

– Herr Kollege Kirchner, Entschuldigung. - Bitte erklären Sie Frau Kollegin Kohnen, dass die Wirtschaftsministerin im Rahmen ihrer Energieziele durch den 50-prozentigen Abbau der Nutzung von Energie aus den Atomkraftwerken bei den erneuerbaren

Energien eine Steigerung von lediglich 0,6 % pro anno erreicht hat. Deshalb haben wir mit unserem Antrag auch deutlich ehrgeizigere Ziele gefordert, die über die Steigerung um 0,6 % hinausgehen. Sie sollten der SPD klar sagen, worin Ihre ehrgeizigen Ziele bestehen.

Meine konkrete Frage: Sie haben Herrn Kollegen Aiwanger die Bagatellgrenze hinsichtlich der Besteuerung der Kraft-Wärme-Kopplung genannt. Wie erklären Sie sich, dass beispielsweise im bayerischen Chemiedreieck Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen aufgrund der Marktsituation – Stichwort: Merit-Order-Effekt und zeitgenauer Zukauf – und der Besteuerung im Eigenverbrauch abgeschaltet werden? Großteils wird nur noch Braunkohlestrom verbraucht, ohne dass Kraft-Wärme-gekoppelter Strom, der mit einem Wirkungsgrad von bis zu 80 oder 90 % extrem klimafreundlich ist, weil er beide Effekte nutzt, herangezogen wird. Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen, die einen bedeutenden Teil zum Klima- und Umweltschutz beitragen, sollten nicht abgeschaltet werden, wenn Strom über Trassen zugeleitet wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Kirchner, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Lieber Erwin Huber, schade, ich wollte die Pointe für mich in Anspruch nehmen. Ich wollte Herrn Stümpfig bitten, das Frau Kollegin Kohnen zu erklären. Leider ist die Verwechslung noch rechtzeitig entdeckt worden. Herr Glauber, wenn Sie Frau Kollegin Kohnen etwas erklären wollen, tun Sie das am besten selbst. Sie sitzt hier vorne. Gehen Sie auf sie zu oder gehen Sie mit ihr hinaus, damit Sie uns hier nicht stören. Dann können Sie die Probleme mit ihr diskutieren.

Herr Glauber, Herr Kollege Aiwanger hat vorhin in die andere Richtung "Ziele, Ziele" gerufen. Ihre Ziele werden Sie mit dem Antrag, wie Sie ihn formuliert haben, nicht erreichen. Ich habe Ihnen bei einigen Punkten aufgezeigt, welche Widersprüche darin enthalten sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie müssen den Antrag ablehnen und können dann die Inhalte übernehmen!)

Bezüglich der Bagatellgrenze habe ich mich auf Anlagen im heimischen Bereich konzentriert. Ihre Behauptung im Zusammenhang mit dem Chemiedreieck kann ich nicht verifizieren. Ich habe das momentan nicht präsent. Ich möchte dazu keine Stellung beziehen, weil ich das nur hypothetisch tun könnte. Ich möchte nicht zu etwas Stellung nehmen, was in Wirklichkeit nicht existiert. Ich bitte um Verständnis, wenn ich davon Abstand nehme.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Stümpfig zum Rednerpult.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am letzten Freitag war ich mit unserem Parteivorsitzenden Eike Hallitzky im Energiepark in Merkendorf. Leider muss ich Ihnen sagen, dass von dem Energiepark Merkendorf nicht mehr allzu viel übrig ist. Wir haben zunächst einen Solar-Pionier besucht und sind dabei nochmals auf das Problem aufmerksam gemacht worden, dass der Ausbau der Photovoltaik und der Solarthermie in den letzten Jahren massiv zurückgefahren wurde.

Wir haben gerade von Frau Ministerin Scharf Zahlen gehört, die belegen sollten, dass Bayern besser als Baden-Württemberg sei und Photovoltaik-Anlagen mit einem Umfang von 400 Megawatt installiert worden seien. – Leider ist Frau Staatsministerin Scharf gerade nicht da. – Wir waren schon einmal bei einem Fünffachen dieses Wertes. In den Jahren 2010, 2011 und 2012 hatten wir bereits das Vier- bis Fünffache dieser Menge. Das bedeutet, Bayern ist massiv abgestürzt. Dies ist in dem Unternehmen, das wir besucht haben, spürbar. Dieses Unternehmen wird seine Türen zusperren.

Neben diesem Unternehmen steht die Biogasanlage agriKomp, die ebenfalls massive Schwierigkeiten hat. Die landwirtschaftlichen Betriebe, die auf Biogas gesetzt haben, brauchen jetzt eine Perspektive für den Fall, dass sie aus der EEG-Vergütung heraus-

fallen. Wir reden dabei nicht über einen Tag in ferner Zukunft. Die ersten Anlagen werden im Jahr 2020, also bereits in gut vier Jahren, herausfallen. Diese Entwicklung wird weitergehen. Die Landwirte, die morgen investieren wollen, wissen nicht, was mit ihrer Investition passieren wird. Wir brauchen deshalb eine Nachfolgeregelung, wie auch immer diese aussehen mag. Wir haben zu diesem Thema im Wirtschaftsausschuss den Antrag gestellt, dass die Bayerische Staatsregierung ein Konzept für die Zukunft der Biogasanlagen in Bayern auflegen muss. Ich finde es schade, dass Sie dieses Thema, das Ihnen nach Ihren Aussagen am Herzen liegt, so vernachlässigen.

Die Windkraft ist Ihnen anscheinend weniger Wert. Ich finde das unsäglich. Ich halte deshalb den heutigen Dringlichkeitsantrag von Herrn Glauber von den FREIEN WÄHLERN, in dem ein Kurswechsel gefordert wird, für richtig und angebracht. Wir brauchen einen Kurswechsel!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden die Punkte, die in diesem Dringlichkeitsantrag aufgeführt sind, unterstützen. Wir haben nie einen übermäßigen Leitungsausbau gewollt. Herr Kirchner hat dazu ausgeführt, Bayern habe den Leitungsausbau halbiert. Ich glaube, Sie haben da etwas falsch verstanden, oder Sie haben die Rechenkünste von Frau Aigner übernommen, wonach aus $2 - x$ irgendwie 2 wird. x war im Endeffekt null. Zwei Leitungen waren geplant, und zwei Leitungen werden kommen. Die Kopfstände, die Sie von der CSU in der Zwischenzeit vollführt haben, können Sie vergessen. Die haben uns bei der Energiewende nur aufgehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kirchner, weitere Punkte waren die 10-H-Regelung und die Beteiligung der Bürger. Wenn Ihr Ministerpräsident Seehofer die 10-H-Regelung nicht aus dem Hut gezaubert hätte, um damit einen billigen Wahlkampf zu führen und populistisch die Akzeptanz der erneuerbaren Energien aufs Spiel zu setzen, hätten wir heute eine ganz andere Situation. Sobald die Windkraftanlagen einmal stehen, werden dagegen kaum

Beschwerden erhoben. Wir hatten vor der Einführung der 10-H-Regelung eine gute Akzeptanz. Herr Huber, dann haben Sie mit der 10-H-Regelung der Windkraft komplett den Boden unter den Füßen weggezogen. Nicht einmal unsere Umweltministerin traut sich, in ihrem Klimaschutzkonzept zu schreiben, dass die Windkraft eine wichtige Resource ist. Sie schreibt hinein: Biogasnutzung und Photovoltaik sind wichtig. Gleichzeitig sagt sie, wir müssten auf den Preis schauen. Ich sage: Die günstigste und die effizienteste Form der Energiegewinnung ist die aus Windkraft. Bitte machen Sie endlich einmal die Augen auf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme damit zu den Tricks der Staatsregierung. Herr Glauber, vor 14 Tagen hat das Bayerische Landesamt für Statistik neue Zahlen herausgegeben. Wenn wir die Atomkraftwerke abziehen, liegen wir in Bayern bezüglich des Anteils der erneuerbaren Energien bereits bei 69,6 %. Frau Aigner, Sie wollen in zehn Jahren 0,4 % zubauen und bis zum Jahr 2025 70 % des Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen. Ein Zuwachs von 0,04 % pro Jahr ist gar nichts, das ist sogar noch weniger als nichts. Das ist die Aignersche Energiepolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen es endlich schaffen, die Überkapazitäten abzubauen. Wie geht das? – Das geht nur durch einen Ausstieg aus der Kohle. Momentan liegt der Strompreis an der Börse bei unter 3 Cent pro Kilowattstunde. Dies führt zu dem eigenartigen Effekt, dass wir bei den bayerischen Gaskraftwerken Stillstandsanzeigen in einer Größenordnung von 2.300 Megawatt haben. Diese Gaskraftwerke wollen vom Netz, weil sie ihren Strom nicht mehr auf den Markt bringen können. Gleichzeitig ist die Staatsregierung aber happy, wenn sie von der Bunderegierung oder von Herrn Gabriel eine Zusage bekommt, dass in Süddeutschland Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 2.000 Megawatt gebaut werden können. – Guten Morgen! Warum sollten wir jetzt neue Gaskraft-

werke bauen, wenn sich die alten nicht mehr rentieren und Stillstandsanzeigen abgeben? - Ihre Energiepolitik geht doch vollkommen am Thema vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inzwischen haben wir auch noch die bizarre Situation, dass wir die Kohlekraftwerke durch eine Art Hartz IV fördern. Gleichzeitig müssen wir die guten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen fördern. Diese brauchen mehr Zuschuss, weil sie sonst nicht in den Markt kommen können. Hier haben Sie unseren Antrag abgelehnt. Wir haben 2 Cent mehr für die Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und 1 Cent mehr für die Umstellung von Kohle auf Gas gefordert. Sie haben das abgelehnt. Sie haben auch unseren Antrag abgelehnt, wonach das alte Ziel von 25 % erhalten bleiben sollte. Sie machen nur Abstriche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Stillstand in Bayern ist in dreifacher Weise fatal: Erstens. Sie sägen an der Versorgungssicherheit. Zweitens. Sie öffnen Importen aus irgendwelchen Schurkenstaaten Tür und Tor. Drittens. Die Staatsregierung setzt mit dieser Energiepolitik auf eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Der Klimaschutz wird dabei auf der Strecke bleiben. Das kann nicht die bayerische Energiepolitik sein. Unsere Meinung ist deshalb ganz klar: Wir brauchen eine Kurswende. Wir stimmen daher dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zu.

Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD: Wir werden auch diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Der Energiedialog ist etwas Gutes. Er hat allerdings bislang noch nicht sehr viel gebracht. Nach monatelanger Diskussion blieb nur übrig: HGÜ-Leitungen 2 - x, wobei x gleich null ist. Von daher stellen wir uns schon die Frage, was der Dialog bringt. Wir stimmen aber trotzdem diesem Dringlichkeitsantrag der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Stümpfig, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Zunächst einmal möchte ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion für den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion eine namentliche Abstimmung beantragt hat. – Damit komme ich zur Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Stümpfig, die Windkraft ist unbestritten weiterhin Bestandteil des bayerischen Energieprogramms.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben heute in den verschiedenen Reden gehört, dass die Windkraft für die Energieversorgung Bedeutung hat. Wir haben heute die 10-H-Regelung des Öfteren angesprochen. Sie ist an dieser Stelle nur ein Instrument, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Ich kann mich gut erinnern, dass Sie, als wir im Wirtschaftsausschuss – Sie sind dort stellvertretender Vorsitzender – über die 10-H-Regelung gesprochen haben, im Rahmen der Anhörungen vehement darauf beharrt und darauf gepocht haben, dass es in Bayern keine Widerstände bezüglich der Windkraftanlagen gebe, dass das alles easy going sei.

Jetzt stellen gerade Sie als stellvertretender Vorsitzender im Wirtschaftsausschuss und auch ich als Mitglied aber fest, dass sich ein großer Teil der Petitionen, die wir dort behandeln, gegen Windkraftanlagen richtet. Ich stelle weiterhin fest, dass sich diese Petitionen nicht gegen eine 10-H-Regelung richten, sondern gegen die Windkraftanlagen als solche, unabhängig von einer 10-H-Regelung. Jetzt würde ich gerne von Ihnen wissen, warum Sie fordern, dass man an dieser Stelle die Bürger bei den Entscheidungen außen vor lässt.

(Beifall bei der CSU – Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Das passt nicht zu seiner Ideologie!)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kirchner, das Problem mit der Akzeptanz der Windkraftanlagen kam massiv auf, als die Diskussion im Sommer 2013 losging. Ich kann

mich sehr gut erinnern: Herr Seehofer hat damals das Stichwort 10-H-Regelung aus dem Hut gezaubert und dann das Ganze infrage gestellt.

(Peter Winter (CSU): Das hat er doch gar nicht gefragt! Das wissen wir doch!)

Der mögliche Beitrag der Windkraft wurde komplett infrage gestellt. Daraufhin waren die Menschen vor Ort natürlich verunsichert. Sie waren verunsichert, weil sie nicht wussten, jawohl, das ist ein Eingriff ins Landschaftsbild, den ich akzeptieren kann, wenn ich weiß, er trägt sinnvoll zur Energiewende bei, was die Windkraft tut. Aber wenn vonseiten des Ministerpräsidenten tagtäglich gepredigt wird, nein, das Ganze bringt nichts, die Windkraftanlagen sind schlecht, dann bricht natürlich die Akzeptanz weg. Das ist doch selbstverständlich!

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Geben Sie ihm doch Antwort auf das, was er fragt!)

- Das war die Antwort auf die Frage, warum die Akzeptanz der Windkraft nach der Einführung der 10-H-Regelung so nachließ und warum die Zahl der Petitionen im Wirtschaftsausschuss, Herr Huber, nach oben geht.

Meine Erfahrungen sind ganz andere. Wir haben viele Projekte in Zusammenarbeit mit den Bürgern vor Ort sehr gut umgesetzt. Da möchte ich auf unseren Antrag zum Thema Windkraft verweisen. Setzen Sie sich bitte im Bundesrat dafür ein, dass die De-minimis-Regelung so vereinbart wird, dass bei bis zu sechs Anlagen keine Ausschreibungen notwendig sind. In Bayern wird überhaupt nichts mehr möglich sein, wenn alle Anlagen ausgeschrieben werden müssen. Wir sind zuversichtlich, dass wir die 10-H-Regelung nächstes Jahr im März ad acta legen werden.

(Zuruf von der CSU)

Da werden wir gewinnen. Aber dann müssen die Ausschreibungen weg. Die De-minimis-Regelung muss für mindestens sechs Anlagen ausgeschöpft werden. Setzen Sie

sich dafür ein! Machen Sie Nägel mit Köpfen und vergeuden Sie nicht Ihre Zeit mit irgendwelchen unsinnigen Gesetzesanträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Aigner.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Energiedialog haben wir uns lange über die Frage des Ausbaus erneuerbarer Energien, deren Potenzial, die damit verbundenen Zahlen und die Versorgungssicherheit ausgetauscht. Am Ende waren sich unter den damaligen Verhältnissen alle einig, dass das Potenzial bei erneuerbaren Energien gegen den Stromverbrauch gerechnet in Bayern eine Stromversorgungslücke von 40 Terawattstunden bedeuten wird. Da waren sich alle einig. Ich habe den Kolleginnen und Kollegen von allen Fraktionen immer zeitnah berichtet. Ich kann mich nicht erinnern, dass das irgendjemand in Zweifel gezogen hätte.

Wir haben festgestellt, dass wir durch den Bau der Thüringer Strombrücke, die übrigens im Dezember mit der ersten Linie in Funktion gehen wird, 13 Terawattstunden abziehen können. Auch da war noch Konsens.

Ich kann Ihnen jetzt gerne sagen, was die Formel "2 - x" dabei bedeutet hat. Die Frage ist, wie man diese weitere Lücke schließen kann. Da meine ich jetzt nicht die Leistung, die Kapazität, sondern die Frage, wie ich die Strommenge herbringen kann. Auch da war man sich im Energiedialog einig: Es gibt keine Möglichkeit, das allein mit erneuerbaren Energien, allein mit Kraft-Wärme-Koppelung oder anderweitig abzudecken – auch eine Kombination mit Gas wäre denkbar –, weil ein zweiter Faktor hereinspielt, nämlich die Kostenfrage.

Meine Damen und Herren, das war genau das Entscheidende: Wenn es gelingt, die Kapazitäten zum Beispiel in Bayern aufzubauen, und zwar so, dass uns die Kosten

nicht davonlaufen, sprich bei KWK und in anderen Bereichen, sind sie schlicht und ergreifend teurer. Dann ist auch das "2 - x" eine Möglichkeit. Eine Möglichkeit wäre ein sogenannter fokussierter Kapazitätsmarkt, den Bayern, übrigens gemeinsam mit Baden-Württemberg, durchzusetzen versucht hat. Dieser Kapazitätsmarkt hätte sich an CO₂-Relevanz und an einer schnellen Regelbarkeit orientiert. Das war leider nicht möglich, weil andere Länder – da muss ich leider sagen, auch das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen – unter Kapazitätsmarkt verstehen, dass dann immer noch das billigste Zurverfügungstellen einer vorgehaltenen Leistung vergütet wird. Die bestehenden alten Kohlekraftwerke stehen dann immer besser da als jede KWK-Anlage. Das ist die Wahrheit.

Wir haben aber – das ist ein wesentlicher Unterschied – erfolgreich Versorgungssicherheit hergestellt, indem wir trotzdem zwei Gigawatt in Bayern respektive Süddeutschland dazubauen können. Das steht übrigens schon im Gesetz drin. Das ist aber kein dauerlaufendes Gaskraftwerk, weil das teurer wäre, sondern dieses Gaskraftwerk ist in einem Reservefall jederzeit schnell hochfahrbar. Daran kann man relativ leicht ablesen, dass wir immer noch ein Problem mit der Strommenge haben. Das decken wir jetzt mit Leitungen ab. Das ist in der Tat richtig. Das ist nichts Überraschendes. Das war übrigens im Energiedialog bzw. im Programm und im Ergebnis schon so enthalten. Das war im Konsens.

Die nächste Frage lautet: Wie bauen wir die Leitungen? - Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist in der Tat ein Unterschied, Frau Kohnen. Ja, Sigmar Gabriel war nicht gegen eine Erdverkabelung der Gleichstrompassagen. Aber er hat sie bisher nicht durchgesetzt. Die CSU hat, übrigens gemeinsam mit ihm, geholfen, dass wir überhaupt eine Möglichkeit - -

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

- Das ist so.

(Natascha Kohnen (SPD): Aber das war 2009. 2011 war es genau anders!)

- Ruhe!

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CSU – Volkmars Halbleib (SPD): Die Frau Ministerin kann nicht mal mit Zurufen umgehen!)

Ich habe nie abgestritten, dass wir die CDU überzeugen mussten. Aber es ist letztendlich durchgesetzt worden, weil sich auch die CSU, der Ministerpräsident und meine Wenigkeit auf die Hinterfüße gestellt haben, um zu sagen, ja, wir machen da mit, aber nur bei Erdverkabelung.

Jetzt komme ich zum letzten Punkt. Wir haben im Bundesrat bzw., um korrekt zu sein, im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates, beantragt, dass bei Wechselstromleitungen auch Erdverkabelung möglich sein soll. Das wurde deutlich abgelehnt. Ich kann Ihnen jetzt leider auf die Schnelle – ich habe versucht, es herauszufinden – nicht sagen, welche Länder wie abgestimmt haben. Das kann ich Ihnen vielleicht noch nachliefern. Das weiß ich nicht. Aber wir haben es beantragt, und es wurde klar abgelehnt. Jetzt versuchen wir, das Ziel über unsere Bundestagsfraktion bzw. über unsere Abgeordneten zu erreichen. 34 Projekte sind übrigens, wenn ich das richtig im Kopf habe, in der ganzen Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. Da versuchen wir natürlich, welche zu bekommen. Bisher waren sie leider nur in Niedersachsen möglich. Ich muss es leider so sagen. Es ist tatsächlich aus unerfindlichen Gründen so. Im Bundesrat respektive im Wirtschaftsausschuss wurde es abgelehnt.

Meine Damen und Herren, deswegen bleibt es dabei: Wir machen das, was nötig ist, aber nicht, was wünschenswert ist, sondern das, was zwingend erforderlich ist, um die Versorgungssicherheit bei uns in Bayern sicherzustellen. Da habe ich Verantwortung, nicht nur als Energieministerin, sondern auch als Wirtschaftsministerin, weil ich große Verbraucher habe. Die Versorgung mit Haushaltsstrom ist relativ schnell regelbar. Aber die großen Stromverbraucher sind Wirtschaft und Gewerbe, meine Damen und Herren. 80 % des Stromverbrauchs entfallen auf das Gewerbe. Deshalb ist es gut, dass wir mit unserem 10.000-Häuser-Programm viel machen. Das ist richtig und wich-

tig. Ich finde, Kraft-Wärme-Koppelung ist super; aber sie wird das Problem der Großverbraucher noch nicht lösen. Auch für die Großverbraucher haben wir Verantwortung, nicht nur im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, sondern auch dafür, dass sie noch bezahlbaren Strom bekommen. Die Entscheidung, ob diese Unternehmen weiter in Bayern investieren oder neu investieren, wird ganz wesentlich von diesen zwei Faktoren abhängen, meine Damen und Herren. Dafür stehe ich. Dabei geht es nämlich um die Wirtschaftskraft und, mit Verlaub, um die Arbeitsplätze in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als Nächster hat Herr Huber um das Wort gebeten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nach der Ministerin muss noch gesprochen werden, das zeigt deutlich, dass ihre Rede nicht gereicht hat!)

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Frau Ministerin hat zur Windkraft zwar nichts gesagt. Da die Windkraft aber ein wesentliches Thema der gesamten Aussprache ist, möchte ich unsere Position in aller Kürze darstellen. Dass wir in Fragen der Politik, auch der Energiepolitik, unterschiedlicher Auffassung sind, ist der Normalfall in der Demokratie. Ich halte es allerdings für abwegig, wenn Behauptungen völlig gegen die Fakten aufgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb habe ich mich gemeldet. Redner der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN sagten, wir wären gegen die Windkraft oder wir hätten die Windkraft in Bayern mehr oder weniger ausgeschaltet. Das stimmt einfach nicht.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Lesen Sie doch die Statistik!)

- Frau Kollegin, bei Ihnen habe ich es aufgegeben, dazu Informationen zu geben; denn das ist zwecklos.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das beruht auf Gegenseitigkeit! – Florian von Brunn (SPD): Sie sind aber heute sehr gereizt! Sie sind unentspannt! – Zuruf von der SPD: Erst einmal tief durchatmen!)

Für alle die, die bereit sind mitzudenken, stelle ich Folgendes fest:

Erstens. Der Windkraftanteil ist im neuen Energieprogramm der Staatsregierung genauso hoch wie vorher. Es gibt keinen Abstrich. Ziel ist es, 1.500 Windkraftträder in Bayern zu schaffen. Wer etwas anderes behauptet, verbreitet die Unwahrheit oder lügt ganz bewusst. Dem werden wir auch entgegentreten.

Zweitens. Wir haben die Genehmigungsvoraussetzungen geändert. Dabei ist übrigens das, was in den Regionalplänen steht, nicht obsolet geworden, Herr Kollege Glauber. Das, was in den Regionalplänen steht, nämlich die landesplanerische Beurteilung, gehört zu den Genehmigungsvoraussetzungen. Diese erfolgt unabhängig davon, ob das Landratsamt über die Anlage als privilegiertes Vorhaben entscheidet oder ob die Gemeinde die Anlage mit einem Bebauungsplan auf den Weg bringt. In beiden Fällen brauchen Sie eine landesplanerische Beurteilung. Deshalb ist die gesamte Arbeit, die die Kommunen gemacht haben, sehr gut und keinesfalls für die Katz.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. In der Tat liegt jetzt bei einem Abstand unter 10 H die Entscheidung bei der Gemeinde.

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

- Nein, die Entscheidung liegt bei der Gemeinde. Unter 10 H entscheidet allein die Gemeinde, ob ein Windrad gebaut werden kann oder nicht. Im linken Spektrum des Hauses behaupten Sie immer wieder, Sie wollten die kommunale Selbstverwaltung und die Mitsprache der Bürger stärken. Genau das haben wir getan, meine Damen und Herren. Genau das!

(Beifall bei der CSU)

Wer die Privilegierung nach dem Baugesetzbuch vertritt, muss wissen, dass er damit sowohl die Kommunen als auch die Bürger außen vor lässt. Bei einem privilegierten Bauvorhaben haben ein Bürgerbegehren und ein Bürgerentscheid keinen Platz. Bei einem Bebauungsplan ist ein Bürgerbegehren sehr wohl möglich. Ich stelle fest, dass die Regelung der CSU sowohl die kommunale Planungshoheit als auch die Bürgerbeteiligung stärkt. Wer etwas anderes sagt, hat das Ganze leider nicht kapiert.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt sage ich noch zwei Sätze: Natürlich ist eine Umstellung des Verfahrens damit verbunden, dass Bebauungspläne neu aufgestellt werden müssen. Dafür brauchen wir Zeit, und deshalb ist ein vorübergehendes Zurückgehen der Anträge ganz logisch. Das konnte jeder voraussagen. Der entscheidende Schlag gegen die Windkraft onshore ist mit der Neuregelung im EEG gekommen. Die Einspeisevergütungen für die Windkraft onshore sind deutlich reduziert worden. Die Windkraft in Bayern ist wegen der geringeren Windhöufigkeit nicht mehr so rentabel wie im Norden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): 10 H war schlimmer!)

Die Ministerin hat mit dem Hinweis, 30 % der Ausschreibungen für Süddeutschland reservieren zu wollen, die Möglichkeit dafür eröffnet, dass es auch in Zukunft bei uns Windkraftanlagen unter den Bedingungen der Ausschreibung gibt. Ich weiß, dass das etwas kompliziert ist. Wer es kapiert, dem ist es recht. Dem anderen kann ich nicht helfen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9224 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Ich darf darum bitten, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU und die SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich die namentliche Abstimmung aufrufe, teile ich Ihnen mit, dass ich Sie bitte, sofort danach wieder Platz zu nehmen. Wir werden außerhalb der Tagesordnung eine Abstimmung durchführen.

Ich komme jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9253. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Ich eröffne jetzt die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.26 bis 16.31 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Wir schließen den Abstimmungsvorgang und zählen außerhalb des Saales aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie jetzt bitten, wieder Platz zu nehmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Kohnen, Karl und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbesserung des Energieprogramms", Drucksache 17/9253, bekannt: Mit Ja haben 68 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 89. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.12.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbesserung des Energieprogramms (Drucksache 17/9253)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	89	0